



# WOCHENSCHRIFT DES ARCHITEKTEN-VEREINS ZU BERLIN

HERAUSGEGEBEN VOM VEREINE

Erscheint Sonnabends u. Mittwochs. — Bezugspreis halbjährl. 4 Mark, postfrei 5,30 Mark, einzelne Nummern von gewöhn. Umfange 30 Pf., stärkere entspr. teurer. Der Anzeigenpreis für die 4 gespaltene Petitzelle beträgt 50 Pf., für Behörden-Anzeigen und für Familien-Anzeigen 30 Pf. — Nachlaß auf Wiederholungen

Nummer 20

Berlin, Sonnabend den 14. Mai 1910

V. Jahrgang

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postämter und die Geschäftsstelle Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8, Mauerstr. 43.44

Alle Rechte vorbehalten

## Zur Eröffnung der Allgemeinen Städtebau-Ausstellung in Berlin 1910

Rede gehalten bei der Eröffnungsfeier am 1. Mai 1910 vom Geheimen Baurat Otto March

Hochverehrte Versammlung!

Im Namen des Ausschusses für die A. St. A. erlaube ich mir, Sie in diesen Räumen zu begrüßen, die Seine Exzellenz von Werner die Güte gehabt hat, für die Zwecke der Ausstellung zur Verfügung zu stellen.

Die Ausstellung selbst ist ermöglicht worden nächst dieser außerordentlichen Hilfe, durch die materielle Unterstützung der Stadt Berlin und ihrer Nachbarstädte, und durch das bereitwillige, zum Teil mit erheblichen Opfern verbundene Entgegenkommen von staatlichen und Gemeindebehörden, Vereinen und privaten Städtebaukünstlern des In- und Auslandes.

Eine solche Ausstellung ist in diesem Umfange in ihrer Art die erste. Die direkte Anregung dazu wurde durch den soeben beendeten Wettbewerb gegeben, der für einen einheitlichen Bebauungsplan Groß-Berlins ausgeschrieben war und dessen Ergebnisse Sie in diesen Räumen ebenfalls vorgeführt finden. Man hat mit Recht gesagt, daß das Aufwerfen der sozialen Frage als charakteristische Tat und als der Ruhmestitel des vorigen Jahrhunderts bestehen bleiben wird. Eine Blüte und Frucht dieser Aussaat ist das seit einigen Jahren mit fast leidenschaftlichem Eifer aufgenommene Studium der Städtebaukunst, das mit überraschender Gleichzeitigkeit und Lebhaftigkeit in allen Kulturländern betrieben wird. Wohl besteht seit Jahren eine gesteigerte öffentliche Fürsorge für das Volkwohl in der Förderung gesundheitlicher Wohnverhältnisse und Verkehrserleichterungen, und großartige Leistungen und Kundgebungen des erwachten Gemeinsinnes sind zu verzeichnen. Aber wir gehen nicht irre, wenn wir die in die Tiefe und Breite gehende Erregung des allgemeinen Interesses für die Städtebaufrage auf den Zeitpunkt zurückführen, als man vor etwa 20 Jahren begann, auf die künstlerische Bedeutung alter Städtebildungen hinzuweisen und zu versuchen, die Ursachen ihrer eindrucksvollen Schönheit zu ergründen. Nicht als ob denjenigen damit Recht gegeben würde, die in der Pflege der Künste und dem Kultus des Schönen die endliche Lösung aller das Menschendasein beunruhigenden Fragen zu erblicken glauben; aber es ist ein deutlicher Beleg dafür, daß die Belebung des im Menschen schlummernden Kunstgefühls ihn für alle ethischen Empfindungen empfänglicher und opferwilliger macht.

Das Problem der neuzeitlichen Städtebaukunst ist das Gebilde der Großstadt.

Sie werden daher, hochverehrte Versammlung, in dieser Ausstellung Beiträge zu all den Fragen finden, die den Organismus der Großstadt mit seinen bedingten Wünschen und seinen unbedingten Forderungen so überaus verwickelt machen.

Als Voraussetzungen jeder Großstadtneubildung erinnere ich an die Schaffung stets vergrößerungsbedürftiger Verkehrs-

einrichtungen, an die notwendige Milderung der aus dem Wesen der Großstadt sich ergebenden Wohndichtigkeit, an die Gründung nicht nur gesunder, sondern auch anmutig gelegener Wohnstätten, die bei den Bewohnern Liebe zur Heimat und damit zum Vaterlande zu erwecken und zu erhalten vermögen.

Zu krönen ist dann das Werk durch die äußere Schönheit der Plätze und Straßen als Rahmen für die darin unterzubringenden Gebilde angewandter und großer volksmäßiger Kunst. Bei der weiteren mächtigen Entwicklung, die Groß-Berlin vorausgesagt werden muß, und die eine Folge seiner bevorzugten Lage im Mittelpunkt des Kontinents und das Ergebnis des unaufhaltsamen Aufstrebens seiner Bevölkerung ist, gewinnen alle diese Fragen für uns eine außerordentliche Bedeutung.

Das Rückgrat für die organische Entwicklung jeder Großstadt wird stets die Verkehrsfrage bilden. Sie werden in der Ausstellung Uebersichtspläne finden, die interessante Vergleiche zwischen den Verkehrseinrichtungen großer Städte, besonders Londons und Berlins, ermöglichen. Sollten diese Vergleiche auch nicht überall zu Gunsten unserer Stadt ausfallen, die sich mit ganz ungewöhnlicher Schnelligkeit entwickelt hat, so ist doch hier der Ort, einmal dankbar anzuerkennen, wie im Schoß einer einheitlichen Leitung die Eisenbahnverkehrsfrage im Personen- und Gütertransport bisher in einer Weise gelöst werden konnte, die Groß-Berlin die Möglichkeit des erstaunlichen Aufblühens überhaupt erst geboten hat. Für die ferneren großen Aufgaben, die die gleichmäßige Bevölkerungszunahme in absehbarer Zeit unserer Stadt stellen wird, können die mit außerordentlichen Mitteln ausgeführten und hier zur Ausstellung gebrachten großartigen Verkehrsunternehmungen des Auslandes ermutigende Beispiele bieten.

Die segensreiche Einheitlichkeit in der Leitung des Eisenbahnwesens wird sich auch als förderlich in der Regelung des stetig zunehmenden Wasserverkehrs erweisen, der schon jetzt einen den meisten Bewohnern Berlins unbekanntem mächtigen Umfang durch die Zufuhr und den Durchgang von Massengütern gewonnen hat, aber durch den Groß-Schiffahrtsweg von Stettin noch eine wesentliche Steigerung erfahren wird.

Die ausgestellten Pläne unmittelbar mit der Stadt verbundener Hafenanlagen von Lübeck, Frankfurt und Mannheim werden das Interesse auch von Nichtfachleuten erregen.

Das erste Ziel jeder Stadtentwicklung bleibt die wirtschaftliche, sozial-zuträgliche und schöne Gestaltung des Wohnungswesens.

Bodenpolitische Probleme werden in der nächsten Zukunft die Hauptfragen der städtischen Politik bilden müssen.

In der Wohndichtigkeit übertrifft Berlin neben Paris alle anderen Großstädte. Zu ihrer Behebung wird das hier zur-

zeit schwer durchzuführende, anderwärts seit langem übliche Einfamilienhaus stets das Ideal bleiben. Das Bewohnen des Einzelhauses, sei es auch in der bescheidensten Form eines Reihenhauses, ist die berechtigte Sehnsucht, die viele Tausende hegen, und deren Erfüllung gleichzeitig staaterhaltende Kräfte im Volke frei macht und in friedlicher Entwicklung steigert. Hierzu ist eine Weiträumigkeit der Ansiedlungen erforderlich, die ein weites Hinausgehen in das billigere Freiland verlangt. Angeregt durch die englischen Gartenstädte, von denen die Ausstellung anmutige Beispiele bringt, sind an mehreren Orten in Deutschland einheitliche geplante, schöne Anlagen entstanden, die geeignet erscheinen, große Erwartungen an diese verheißungsvolle Bewegung zu knüpfen.

Überall ist hier der Begleitgedanke, vertrauteren Umgang mit der Natur zu ermöglichen. Dieser wichtigen Aufgabe sollen auch die Waldschonungen und öffentlichen Parkanlagen dienen, deren Förderung zurzeit mit wachsendem Nachdruck geltend gemacht wird. Die Darstellungen der vorbildlichen Wald- und Parkschöpfungen Wiens und Bostons bilden eine besonders wertvolle Bereicherung unserer Ausstellung.

Im Gartenbau und in den neuen Parkanlagen zeigt sich am deutlichsten der Wandel der Gesinnung, der sich in den veränderten grundlegenden Gedanken des Städtebaues einprägt. Nicht mehr die Schönheit allein, sondern die schöne Zweckmäßigkeit ist der Ausgangspunkt aller neuen Planungen.

In zahlreichen Vorführungen des Auslandes, zumal in den wundervoll gegliederten Anlagen Chicagos finden wir die Verbindung von Gartenkunst mit Spielplätzen und Erholungsstätten aller Art grundsätzlich durchgeführt. Hier ist die bewußte Absicht ausgesprochen, die Natur nicht mehr nur zu betrachten, sondern ihre verjüngenden Heilkräfte praktisch auszunutzen.

Solche veränderten Anschauungen eines gesunden Realismus werden sich auf allen Gebieten des Städtebaues durchsetzen, wenn sie uns auch nötigen, manche unserer uns lieb gewordenen Ueberlieferungen zu verabschieden.

Für Empfindsamkeit findet sich kein Platz mehr in den ernstesten Kämpfen, zu denen die wachsenden Kulturaufgaben die Großstädte in steigendem Maße verpflichten.

Es wird daher zur ersten Aufgabe des Städtebaues, der Bevölkerung alle Bewerbungsbedingungen zu erleichtern und nach

der aufreibenden Arbeit den Einzelnen behagliche Heimstätten zu bieten, um neue Kräfte zu neuer Tat zu sammeln.

Gleichzeitig stellt sich aber die Städtebaukunst das erhabene Ziel, die Errungenschaften des gewaltigen Wettewfers auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet und die damit gewonnene machgebietende Stellung der Stadt in ihrer monumentalen äußeren Gestaltung, in der Ausbildung der Straßen und Plätze, in der Schönheit der Uferländer und öffentlichen Gärten zum Ausdruck zu bringen — wohl die bedeutsamste Aufgabe, die einem Künstler überhaupt gestellt werden kann.

Die in unserer Ausstellung vorgeführten schönen alten Stadtbilder unseres Vaterlandes sollen dabei ein wertvolles Vergleichsmaterial zur Beurteilung völlig anders gestalteter Entwicklungsbedingungen bieten. Besonders werden auch die reichen Dokumentensammlungen, die uns die Hauptstädte Ungarns und Frankreichs zur Verfügung gestellt haben, neben den stimmungsvollen Bildern aus dem alten Berlin Ihr lebhaftes Interesse zu fesseln imstande sein.

Hochverehrte Versammlung!

Der Ausschuß, dessen Bemühungen diese Allgemeine Städtebau-Ausstellung zu danken ist, hegt die Erwartung, daß eine Zusammenstellung des in den Entwürfen des Wettbewerbes Groß-Berlin als notwendig und wünschenswert Bezeichneten mit den großartigen Leistungen anderer Städte und Länder Ihrer warmen Teilnahme begegnet.

Diese Teilnahme wird dazu beitragen, den öffentlichen Willen für die gewaltigen Opfer geneigt zu machen, die gebracht werden müssen, um den künftigen Bewohnern der machtvoll angewachsenen Reichshauptstadt ein schönes Menschen-dasein zu schaffen.

Die Rede des Herrn Geheimrat March wurde durch Quartettgesang des Domchors eingeleitet. An sie schloß sich eine Ansprache des Oberbürgermeisters von Berlin, in der dieser allen, welche zum Gelingen des Unternehmens beigetragen hatten, dankte und ein Hoch auf dem Förderer des Friedens, unseren Kaiser, ausbrachte. Dem Quartettgesang war ein Text untergelegt dessen letzter Vers lautete:

Wie Natur mit Frühlingstriebe  
Sich zu neuer Blüte ringt,  
So zur Heimat neue Liebe  
Durch das Herz des Volkes dringt.  
Hohes Wollen, hohe Ziele — Edlen Willen hogen viele  
Schön begrüßt sei kluger Rat: Früchte erntet nur die Tat.

## Die Reform der preußischen Staatsverwaltung

Vortrag gehalten im Architekten-Verein zu Berlin von Professor Dr. Bornhak

Fortsetzung aus Nr. 19, Seite 133

### III.

Das ist so ungefähr der bestehende Zustand. Nun kämen wir zum dritten Teil: Wie ist diese preußische Verwaltung zu reformieren? Was für Mängel insbesondere haben sich herausgestellt, und wie soll man sie abstellen?

Ja, meine Herren, die Literatur hat sich mannigfaltig mit dieser Frage der preußischen Verwaltungsreform beschäftigt. Schon vor etwa einem halben Menschenalter wandte sich v. Massow mit seiner Schrift: „Reform oder Revolution?“ den Mängeln der preußischen Verwaltung zu, und auch der bekannte Parlamentarier und frühere Seehandlungspräsident Frhr. v. Zedlitz hat im Jahre 1902 in den „Preußischen Jahrbüchern“ eine Neueinrichtung der gesamten preußischen Verwaltung verlangt, und diese Forderung wird auch erhoben in Schriften von Lotz, von Arnstedt, von Graf Hue de Grais, des Verfassers des Handbuches, dann auch in einer Monographie von Stier-Somlo, die im Jahre 1909 erschienen ist. Ja, meine Herren, diese ganze Literatur stimmt im wesentlichen darin überein, daß Mängel vorhanden sind, die man bessern muß, sie geht nur darin auseinander, worin die Mängel liegen und worin man sie abstellen muß.

Diese Reformbestrebungen haben dann bekanntlich, wie schon eingangs erwähnt, neuerdings zur Einsetzung einer besonderen Immediatkommission geführt durch Königlichen Erlaß vom 17. Juni 1909 unter dem Vorsitz des Ministers des Innern, die die Vereinfachung und Reform des Geschäftsweges usw. weiter bearbeiten soll. Meine Herren! Ich habe mich noch kurz vor diesem Vortrage bei einem Mitgliede der Kommission erkundigt, wie weit ihre Arbeiten gediehen seien und habe festgestellt, daß wir auf die Arbeit dieser Kommission noch nicht Rücksicht zu nehmen brauchen, weil sie noch nichts wesentliches zustande gebracht hat. Sie ist einmal im

Plenum zusammengetreten, hat für Vorbereitung einzelner Fragen Kommissionen gebildet, ist auch darüber klar geworden, daß der Geschäftsgang der Regierungen vereinfacht werden muß, und wird demnächst, wenn die parlamentarischen Arbeiten ihre Erlödigung gefunden haben, mal wieder zusammentreten. Also wir können uns unabhängig von der Kommission jetzt der Frage der Reform zuwenden.

M. H.! Zwei Momente kommen dabei wesentlich in Betracht: Sind es persönliche Mängel in dem Beamtentum, die man abstellen muß, und in der Handhabung der Verwaltung, oder liegt der Mangel in der gesamten Organisation?

Gehen wir zunächst einmal auf die persönliche Seite etwas näher ein. Da wird geklagt über schwere Mängel in der Zentralverwaltung. Die Minister könnten das ganze Getriebe ihres Ministeriums überhaupt nicht mehr übersehen, namentlich wird geklagt über das Kultusministerium, deshalb entwickelten sich die vortragenden Räte zu selbständig entscheidenden Behörden, allerdings nicht formell rechtlich, aber tatsächlich, so daß in den einzelnen Ministerien eine unübersichtliche und schwerfällige Verwaltung entstände, und schließlich die einzelnen Abteilungen in den einzelnen Ministerien eine mehr selbständige Politik verfolgten, die nur äußerlich durch den Minister etwas zusammengehalten würde. Es läßt sich nicht leugnen, daß es vielfach dabei auf Persönlichkeiten ankommt. Aber daß nun dieser Mangel in der Zentralinstanz hervorgehoben wird, ist doch wesentlich ein Mangel der Organisation, es ist der Umstand, daß in den Ministerien zuviel vereinigt ist, daß man nicht genügend dezentralisiert hat. Also wir werden uns dieser Frage am besten bei der organisatorischen Umgestaltung zuwenden können.

Eine weitere ziemlich verbreitete Klage ist die des Assessors. Die bösen Juristen haben ja schon vieles auf ihrem

Konto gehabt, entweder tatsächlich oder vermeintlich, Assessorismus bedeutet ja, daß man lediglich formalistisch, vom grünen Tisch aus und ohne gesunden Menschenverstand die Geschäfte bearbeitet. Namentlich aus dem Kreise der höheren Techniker werden ja jetzt sehr stark Reformbestrebungen geltend gemacht, diese Mängel zu beseitigen dadurch, daß man auch in den höheren Instanzen dem, der aus der Technischen Hochschule hervorgeht, Zutritt zur Verwaltung verschafft. Meine Herren, das mag ja in gewissem Umfange berechtigt sein. Aber weshalb bei der Verteilung des gesunden Menschenverstandes vom lieben Gott gerade die Juristen besonders stiefmütterlich behandelt sein sollen, das kann ich auch nicht recht einsehen. Ich habe sehr oft erfahren, daß Beamte der Selbstverwaltung mehr formalistisch waren, als Juristen. Aber es gibt gute und schlechte Juristen, und der Assessorismus ist ein Zeichen des schlechten Juristen. Und etwaige Mängel der Ausbildung lassen sich doch verbessern. Ich erinnere an die staatlichen Fortbildungskurse. Gewiß, der Vorwurf des Assessorismus mag einen berechtigten Kern haben, aber ohne weiteres trifft er das wesentliche der Sache nicht.

Dann beklagt man sich über das viele Schreibwerk. Ja, es wurde neulich noch im Abgeordnetenhaus gesagt, ein Beamter habe einen großen Schrank geöffnet, da habe sich gezeigt, daß er voller Akten war, und er erklärte, die betrafen die Verminderung des Schreibwerks. Ja, es wird unendlich viel geschrieben. Von Stier-Somlo wird vorgeschlagen möglichst persönliche Rücksprache. Ob das helfen wird? Fragen wir doch unsere persönlichen Erfahrungen. Ich suche alle meine Angelegenheiten schriftlich zu erledigen, das geht unendlich viel schneller, als wenn ich in der ganzen Stadt herumkutschiere. Glücklicherweise haben wir uns ja das Schreiben angewöhnt. Man braucht ja nicht immer große Berichte zu machen. Aber

im wesentlichen das Schreibwerk zu ersetzen durch mündliche Rücksprache, würde nicht eine Vereinfachung, sondern eine unendliche Erschwerung des Verfahrens herbeiführen, wie wir das in unseren persönlichen Erfahrungen sehen. Man kann vielleicht seinen Bureauchef rufen und sich mit dem kurz besprechen, obgleich das auch besser schriftlich gemacht wird, sonst heißt es nachher: Es ist ein Mißverständnis. Meines Erachtens würde reine Mündlichkeit nicht zu einem guten Ergebnis führen.

Nach alledem muß ich im wesentlichen zu dem Ergebnis kommen: Nicht persönliche Momente sind es, in denen die beklagte Schwerfälligkeit, Vielschreiberei und Assessorismus beruht, und wie man es sonst nennen kann, das sind ja alles nur Symptome für dieselbe Sache, nicht persönliche Momente sind es, in denen die Gründe der Mängel unserer heutigen Verwaltung zu sehen sind, sondern sachliche.

Im großen und ganzen ist mit jedem weiteren geschichtlichen Fortschritt unsere Verwaltung schwerfälliger geworden. Das liegt an und für sich in der Kulturentwicklung überhaupt begründet. Ein einfacher Ackerbaustaat läßt sich einfacher verwalten als ein komplizierter sozialer Organismus, in dem wir alle leben. Es fragt sich nur, ob die Schwerfälligkeiten nicht auf ein geringes Maß zurückgesetzt werden können.

Zwei Momente sind es hauptsächlich, die unsere Verwaltung komplizieren, einmal die Schaffung der Provinz neben dem Regierungsbezirk, in dieser Verallgemeinerung eine Einrichtung von 1815, und dann gewissermaßen das Ankleben der Selbstverwaltungseinrichtung im Bezirksausschuß, Provinzialausschuß usw. an die überwiegend bürokratische Ordnung der staatlichen Dinge. Es handelt sich also darum, ob nicht in dieser Beziehung eine Vereinfachung herbeizuführen wäre.

(Schluß folgt)

## Waldverkäufe in der Nähe großer Städte (Grunewald—Pichelswerder) Ufergelände — Spielplätze

Aus den Berichten des Hauses der Abgeordneten, gekürzte Wiedergabe — 14. Sitzung am 3. Februar 1910 — Forstverwaltung, II. Beratung

Fortsetzung aus Nr. 19, Seite 134

v. Bülow (Homburg) (nat-lib.) fortfahrend:

Meine Herren, der Herr Minister sagt: in der Umgebung von Berlin ist ein so großer Waldbestand vorhanden, daß noch für unabsehbare Zeit, selbst wenn man jährlich nur 52 ha verkaufen würde, genug für das Publikum übrig bleibt. Meine Herren, viel Wald ist allerdings noch in der weiteren Umgebung von Berlin vorhanden; es kommt aber darauf an, wo der Wald erhalten wird, und wir verlangen, daß der Wald in der nächsten Nähe von Berlin, da, wo die Vergrößerung Berlins stattfindet, für die künftigen Generationen erhalten bleibt. Ich möchte mir erlauben, noch einen kurzen Ueberblick zu geben, wie es mit dem Waldbestande in der nächsten Nähe Berlins aussieht.

Meine Herren, im Norden von Berlin ist die große Jungfernheide, wie es scheint, im wesentlichen ganz für die Bebauung in Aussicht genommen. Der Herr Minister sagte zwar soeben, daß er an Charlottenburg 185 ha abgetreten habe. Zu welchem Zwecke diese Abtretung erfolgt, habe ich aus den Worten des Herrn Ministers nicht heraushören können. Ich hoffe, es ist das geschehen zu Zwecken des öffentlichen Wohles und nicht zur Bebauung. Weiterhin sind aber große Teile verkauft worden an die Firma Siemens & Halske und an die Märkische Bodengenossenschaft, selbstverständlich um diese Teile der Jungfernheide der Bebauung zu erschließen. Das würde noch angehen; aber auch im Norden und Nordosten dieser Heide sind erhebliche Verkäufe, wie ich höre, schon vorgenommen, und es ist anzunehmen, daß dieser ganze Teil der Jungfernheide auch der Bebauung anheimfällt. Ich bedaure das deswegen so sehr, weil gerade dieser nordwestliche Teil der Jungfernheide eine Erholungsstätte für die großen Arbeitermassen aus jener Gegend bisher abgegeben hat. Meine Herren, dann direkt im Norden von Berlin befindet sich ein schönes Gehölz, die Schönholzer Heide, die bisher der dortigen Bevölkerung, namentlich der Arbeiterbevölkerung auch zur Erholung im Sommer gedient hat, ebenso den Bewohnern von Pankow und Reinickendorf. Dieses Gehölz ist im vorigen Jahre, wie mir gesagt wurde — und ich zweifle nicht an der Richtigkeit der Nachricht —, verkauft worden, und man hat auch schon angefangen, das Holz niederzuschlagen. Dadurch ist in der ganzen nördlichen Umgebung von Berlin jede Waldung beseitigt.

Gehen wir nun nach Südosten, wo große Wälder des Fiskus vorhanden sind. Da ist zunächst in der Nähe von Johannistal ein schöner Waldbestand, von dem der Forstfiskus mit großer Beschleunigung ganz vor kurzem ein Areal von 800 Morgen, das zu  $\frac{3}{4}$  mit Wald bestanden ist, an die Deutsche Flugplatzgesellschaft auf 30 Jahre verpachtet hat. Diese Gesellschaft hat schon angefangen, das Terrain abzuholzen, es ist mit einem großen häßlichen Bretterzaun abgeäunt,

und man fragt sich, warum gerade dieser Gesellschaft ein so wertvolles Waldterrain überlassen werden mußte, und warum dieselbe nicht auf so vielfach vorhandenes Ackerland in der Umgebung Berlins verwiesen worden ist. Auch die südlich von Rixdorf belegene Königsheide ist ein sehr wertvolles Gelände für die großen Arbeitermassen in Rixdorf usw. Auch dieses Gelände ist, wie ich höre, vor kurzem an die Gemeinde Johannistal abgetreten worden, zu welchem Zweck, weiß ich nicht. Diese Gemeinde Johannistal ist ein sehr kleiner Ort, der noch keine Aussicht hat, für die nächste Zeit von großer Wichtigkeit für die Bebauung von Groß-Berlin zu werden.

Meine Herren, im königlichen Forst Köpenick sind die schönen Ufergelände am Dämeritzsee an die Gemeinde Erkner und das ganze östliche Uferland vom Flakensee an die Gemeinde Woltersdorf zu Bebauungszwecken verkauft worden, obwohl diese Gegend so weit von Berlin abgelegen ist, daß vor der Hand nach meiner Ansicht und nach der Meinung von Sachverständigen eine Bebauung noch gar nicht stattfinden wird.

Daß der Wald zwischen Treptow und Grunewald, also ziemlich nahe an Berlin, verschwinden wird, ist nur eine Frage der Zeit. Auch das schöne Ufergelände zwischen Grunewald und Schmöckwitz steht, wie ich höre, ebenfalls in Gefahr, veräußert zu werden.

Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, der Forstverwaltung zu sagen: du darfst überhaupt kein Forstterrain um Berlin verkaufen. Aber wir wünschen, daß der wertvolle Wald in der Nähe von Berlin da, wo er in absehbarer Zeit für die jährlich steigende Bevölkerung zur Erholung notwendig ist, erhalten werde. (Sehr richtig!) Wenn wir einen Blick auf die Karte werfen, so finden wir, daß die Staatswaldungen sich hauptsächlich in der nächsten Nähe Berlins befinden, im Nordwesten, im Südwesten und Südosten, und daß die ärmere Bevölkerung sie für einen geringen Fahrpreis von 30 bis 40 Pf. mit der Eisenbahn erreichen kann.

Nun möchte ich kurz diejenigen Wälder bezeichnen, die nach meiner Ansicht und nach der Ansicht von Sachverständigen der Erhaltung wert wären. Im Norden möchte ich dem Herrn Minister die Tegeler Heide zwischen Tegel und Hermsdorf und die Waldungen längs der Nordbahn zur Erhaltung empfehlen, im Südosten das wunderschöne, südlich von Grunewald gelegene Waldterrain von Grunewald bis Schmöckwitz, das zu den allerschönsten Gebieten in der ganzen Umgebung von Berlin gehört, das ich noch höher schätze als den Grunewald. Auch diese Gebiete liegen nicht etwa weit von Berlin entfernt, sondern sind für den Preis von 20 Pf. mit der Eisenbahn zu erreichen.

Dann möchte ich den Herrn Minister noch auf eine Perle in der Umgebung von Berlin aufmerksam machen, auf das Land, wo vier

Seen zusammentreffen, das man auch die Vierwaldstätter Seegegend von Berlin nennt: den Langen See, die große Krampo, den Seddinsee und den Zeuthener See. Ebenso auf die herrliche Gegend am Werlsee und Paetzsee bei Alt-Buchholz südlich von Erkner. Diese Gegenden möchte ich dem Herrn Minister für die Zukunft empfehlen, um die Wälder an den Ufern dieser Seen zu erhalten.

Meine Herren, bei einem weiteren Blick auf die Karte sehen wir, daß sich um Berlin herum ein ungeheures Netz bereits genehmigter Bebauungspläne für geschlossene Bauungsweise gelegt hat, in welchem vier- bis fünfstöckige Mietskasernen entstehen sollen, ein Netz, meine Herren, von dem die Sachverständigen sagen, daß es in hygienischer Beziehung für die Bevölkerung nicht genügend Sorge getragen hat, indem nicht genügend offene Plätze vorhanden sind. Es handelt sich um Baupläne, die ganz kunterbunt durcheinanderlaufen, so daß eine Gemeinde oft den Anschluß an die andere mit ihren Straßen nicht findet. Wenn wir das alles berücksichtigen, dann werden Sie begreifen, mit welcher Gewissenhaftigkeit und Aengstlichkeit wir bestrebt sein müssen, jeden Kilometer Wald in der nächsten Nähe von Berlin im Interesse der Gesundheit der stets wachsenden Bevölkerung dieser Riesenstadt zu erhalten. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, andererseits will ich nicht verschweigen, daß in allererster Linie die Gemeinden dafür sorgen müssen, daß Wälder und Parkanlagen in der Nähe der Großstädte und hier in der Nähe von Berlin vorhanden sind bzw. unterhalten werden. Ich möchte auch die Herren aus Berlin und namentlich die Herren aus den reichen Vororten bitten, dafür sorgen zu wollen, wenn die Königliche Staatsregierung ihnen Angebote macht, daß diese ausgiebiger als bisher benutzt werden, um solche Parkanlagen für die Bevölkerung zu schaffen.

Noch eine kurze Bemerkung gestatten Sie mir darüber, wie sich andere große Städte, wie Wien und London, in dieser Beziehung ihrer Bevölkerung gegenüber verhalten. Wien besitzt außer dem berühmten Wald- und Wiesengürtel, der meilenweit in großer Breite und auf prächtigen, zum Teil 170 m über dem Donauufer gelegenen Hügeln sich dahinzieht, rund 1050 ha öffentliche Parks, London sogar 2486 ha, während Berlin nur 487 ha besitzt. Das macht in London auf 1000 Einwohner, 0,56 ha und in Berlin genau die Hälfte. So schuf London, dem bereits in den Jahren 1870 bis 1895 die große Summe von 30 Millionen Mark für die Verbesserung und für die Schaffung neuer Parkanlagen zur Verfügung standen, im letzten Dezennium außerdem noch jährlich 44 ha neue Parks und Schmuckplätze. Ich wünsche, daß Berlin diesem Beispiele mehr als bisher nachfolgte.

Dem Antrage des Herrn v. Brandenstein schließt sich meine Fraktion einmütig an. Er enthält eine Mahnung an die Königliche Staatsregierung, mit der Veräußerung von Waldparzellen vorsichtiger als bisher zu sein und den Gemeinden Gelände anzubieten, wenn sie Parks anzulegen beabsichtigen.

Nun habe ich noch eine Bitte: der Forstfiskus sollte doch mehr als bisher für unsere Jugend sorgen, indem er den Gemeinden in höherem Maße als bisher entgegenkommt bei dem Bestreben, Spielplätze für die Jugend zu erwerben, nicht nur der höheren Schulen, sondern gerade der Gemeindeschulen, die eine Erholung nötiger haben als die Söhne reicher Eltern, die im Sommer eine Reise machen können. Bedenken Sie, daß Berlin 1908 rund 230 000 Gemeindeschulkinder zählte und daß die 25 Vororte unmittelbar um Berlin 1909 135 000 Schulkinder hatten, also zusammen 365 000 Gemeindeschulkinder. Dazu kommt noch zurzeit die Zahl von 50 bis 60 000 Fortbildungsschülern, die sich zweifellos auf 100 000 steigern wird, wenn die Fortbildungsschulen in den übrigen Vororten von Berlin durchgeführt sein werden. Ich habe mir deshalb erlaubt, einen Antrag dahin zu stellen, der Fiskus möge in den Orten, wo das Bedürfnis vorhanden ist, Spielplätze für die Jugend einrichten, den Gemeinden derartiges Terrain zu einem billigen Preise anbieten, damit sie diese Pläne ausführen können. Es ist erfreulich, daß der jetzige Kultusminister dieser Frage ein so lebhaftes Interesse entgegenbringt und bereits, als er Oberpräsident von Brandenburg war, dies Interesse bekundet hat. Ich glaube, daß wir ihm auch zu verdanken haben, daß im Westen Berlins bei Eichkamp für die dortigen höheren Schulen ein Spielplatz pachtweise abgegeben wurde. Ich bitte, diesen Spielplatz dadurch zu erweitern, daß der Forstfiskus das nötige Terrain abgibt, damit auch die Gemeindeschüler aus jener Gegend den Platz benutzen können. Auch möchte ich dem Herrn Minister empfehlen, ein Stück des nordwestlichen Teiles der Jungfernheide zu reservieren und den Gemeinden zu diesem Zweck anzubieten. Ferner würde ein Teil der Königsheide, falls diese noch nicht unwiderbringlich an die Gemeinde Johannistal verkauft sein sollte, zu diesem Zweck geeignet sein, auch ein kleiner Abschnitt des Tempelhofer Feldes, das allerdings zur Zuständigkeit des Militärfiskus gehört, würde wohl diesem Zweck dienstbar gemacht werden können.

Ich empfehle daher dem Hause die Annahme meines Antrages und möchte hinzufügen, daß die Königliche Staatsregierung, wenn sie sich in dieser wichtigen Frage der Jugend annimmt, nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch den folgenden Generationen eine Wohl-

tat erwiesen und zudem eine sehr wichtige soziale Frage wesentlich gefördert haben wird zum Besten unseres Vaterlandes. (Bravo! links.)

**Borgmann, Abgeordneter (Soz.-Dem.):** . . . . . Meine Herren, mit der Vernichtung der Wälder geht die schwere Schädigung der großstädtischen Bevölkerung Hand in Hand; darüber ist gar kein Zweifel. Der Königlichen Staatsregierung möchte ich dringend ans Herz legen, sich einmal das Buch vom Stadtschulrat Kerschsteiner in München durchzulesen, das seinen Vortrag in Dresden vor dem Lehrerverein enthält. In diesem Vortrag hat er darauf hingewiesen, welche ungeheure Vernichtung von Menschenleben durch die heutige Politik der Städte und des Staates herbeigeführt wird, indem keinerlei Fürsorge dafür getroffen wird, gerade die in den dichtbevölkerten Zentren eng zusammenwohnenden Menschen in der notwendigen Weise zu schützen. Meine Herren, die Aufgabe, die hier der Staatsverwaltung obliegt, besteht in einem Schutz des wirklichen Nationalvermögens. Die Arbeitskraft eines Volkes, die gut entwickelten Bürger eines Staates, die repräsentieren das Nationalvermögen — das ist gar kein Zweifel —, nicht die Jagden in den Forsten und schließlich auch nicht die Aufgaben, die sich die Forstverwaltung im übrigen gestellt hat. . . . .

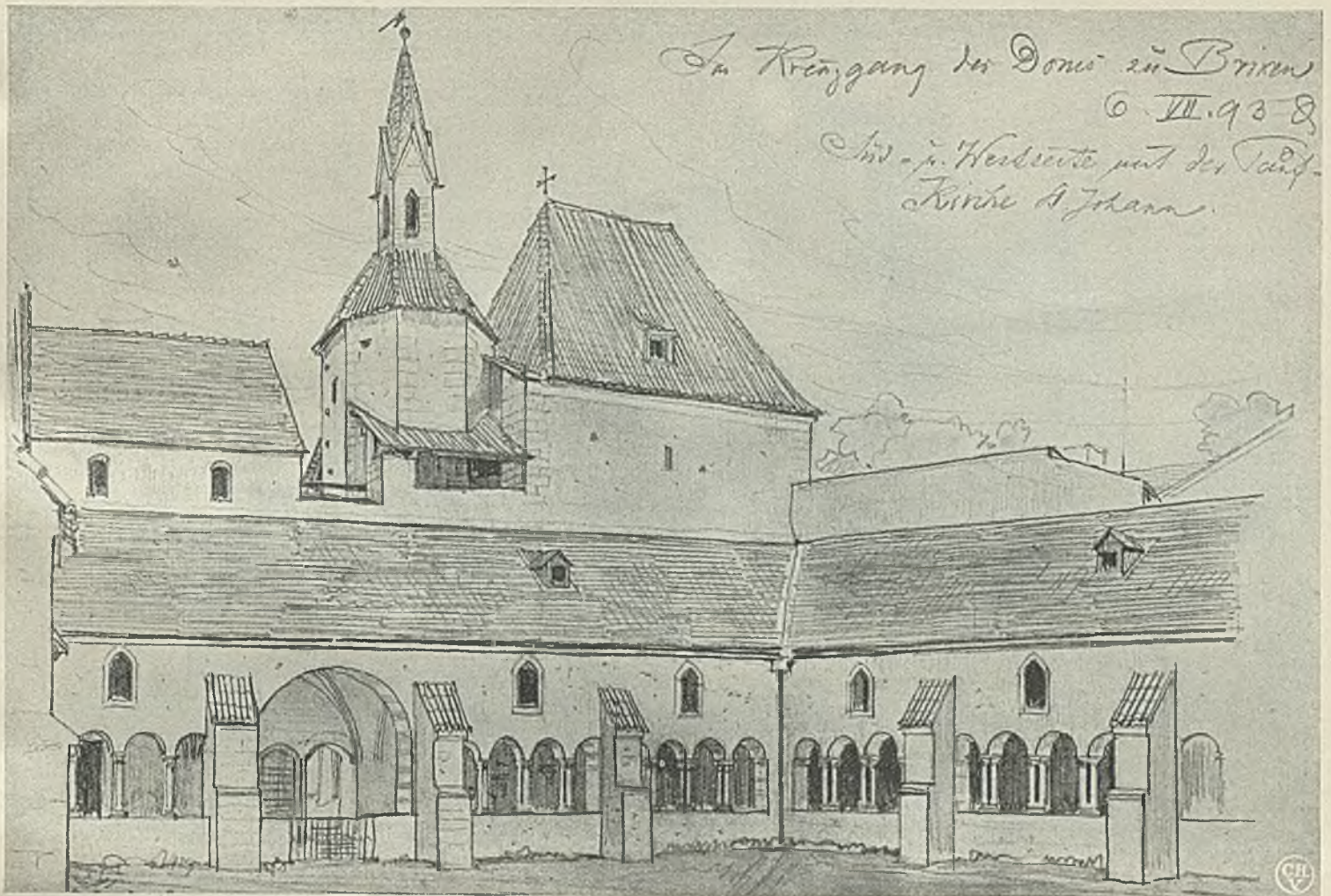
Meine Herren, ich bin durchaus der Ansicht, daß wir keineswegs genötigt sind, den Städten diese Holz- und Waldflächen zu schenken, sondern daß durch vernünftige Verhandlungen der Staatsregierung mit den betreffenden Gemeinden hier ein Resultat erzielt werden kann. Das kann aber nur dann geschehen, wenn heute die Staatsregierung hier die Erklärung abgibt, daß sie solange mit den Waldverkäufen warten wolle, bis die Gemeinden die notwendigen Zweckverbände gebildet haben, mit Hilfe derer man dann in der Lage ist, Verhandlungen mit der Staatsregierung über die Ankäufe im Interesse der Zweckverbände zu pflegen und zum Abschluß zu bringen. Anders wird eine Wirkung des Antrages Brandenstein nicht zu erreichen sein.

Nun will ich aber bei dieser Gelegenheit doch Herrn v. Brandenstein darauf hinweisen, daß der Antrag, den er im verflorbenen Jahre gestellt hat, nicht die Wirkung, die er wahrscheinlich von ihm erwartet hatte, gehabt hat und andererseits doch auch insofern außerordentlich mangelhaft gewesen ist, als er den notwendigen Verhältnissen nicht Rechnung getragen hat. Herr v. Brandenstein hat im verflorbenen Jahre seinem Antrage eine Fassung gegeben, die dahin geht, daß nur in dem Bezirke von Berlin bis Potsdam die Ufergelände nicht verkauft werden sollen. So sehr ich wünsche und anerkenne, daß diese Bezirke nicht verkauft werden, so sehr muß ich es doch beklagen, daß Herr v. Brandenstein sich nicht in den Gedanken hineinversetzen konnte, daß das nur halbe Arbeit ist. Vergegenwärtigen Sie sich doch einmal die Zustände an der Oberspree, einem Bezirk, der im innigsten Zusammenhang mit dem dichtbevölkerten Osten und Nordosten sich befindet. Hunderttausende, die in diesen Bezirken ihre Wohnstätte aufgeschlagen haben, gehen nach der Oberspree. Aber da draußen sollen nach Herrn v. Brandenstein die Ufergelände verkauft werden können zum Schaden aller derer, die Sonntags und in der Woche hinausgehen, um dem Staube der Großstadt zu entfliehen und sich zu erholen. Ich glaube, wenn die Notwendigkeit anerkannt wird, zwischen Potsdam und Berlin den Antrag Brandenstein aufrecht zu erhalten, so ist die Notwendigkeit an der Oberspree eine noch viel größere wie dort. . . . .

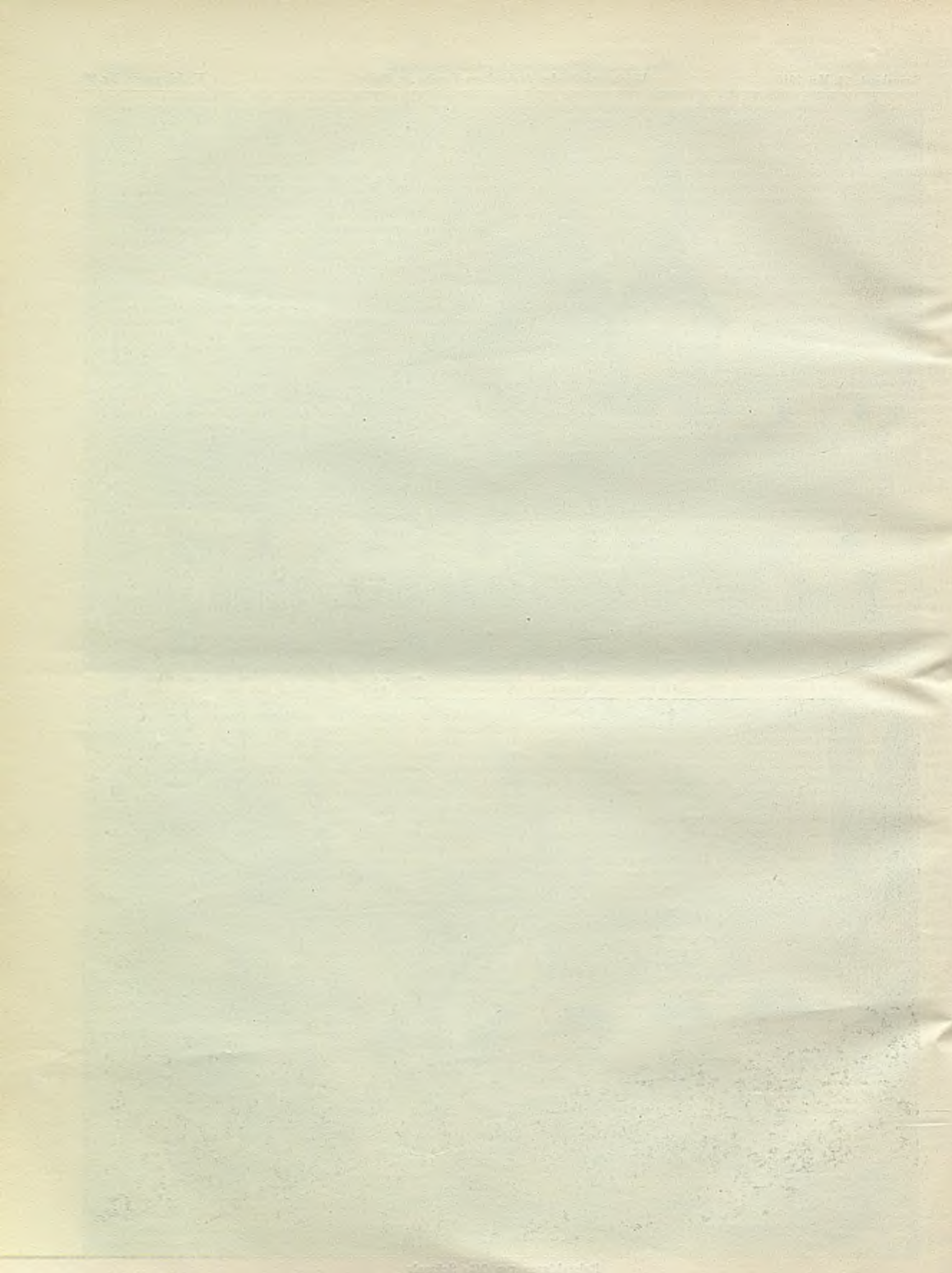
Ich möchte den Grafen Spee darauf aufmerksam machen, daß er gelegentlich der diesjährigen Beratung des Landwirtschaftsetats sich darüber alteriert hat, daß die Staatsregierung in gewissen Bezirken des Rheinlandes gewerbliche Anlagen genehmigt hat, ohne die betreffenden Instanzen zu fragen, ohne die Gutachten dieser Instanzen einzuholen, weil er meinte, daß diese gewerblichen Anlagen eine schwere Schädigung der betreffenden Gegend, namentlich der Landwirtschaft, seien. Ich kann zugeben, daß die Möglichkeit vorliegt und Wünsche bestehen, in dieser Weise zu prozedieren, wie Graf Spee verlangt. Aber wenn er für die Landwirtschaft der betreffenden Gegend das verlangt, so sollte ich meinen, müßte er noch mehr dafür eintreten, daß hier in diesen Bezirken an der Oberspree, die einer nach dem andern mit Fabriken besetzt werden, die Ufer nicht abgeschnitten werden, und er müßte dem entgegenwirken, daß die Staatsregierung in der Weise verfährt, wie es die Forstverwaltung tut ohne die Berücksichtigung der schwer geschädigten Interessen der Bevölkerung. . . . .

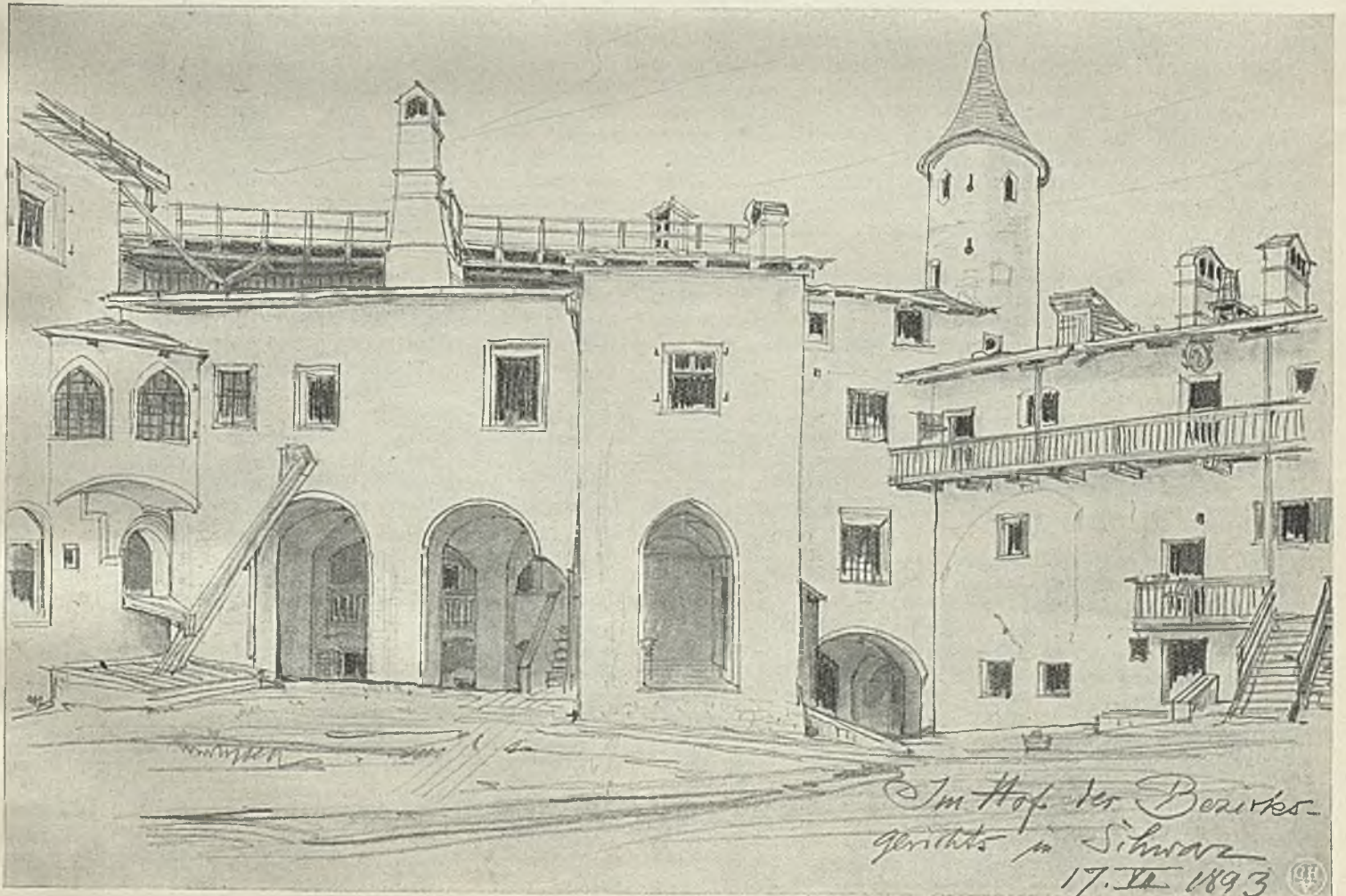
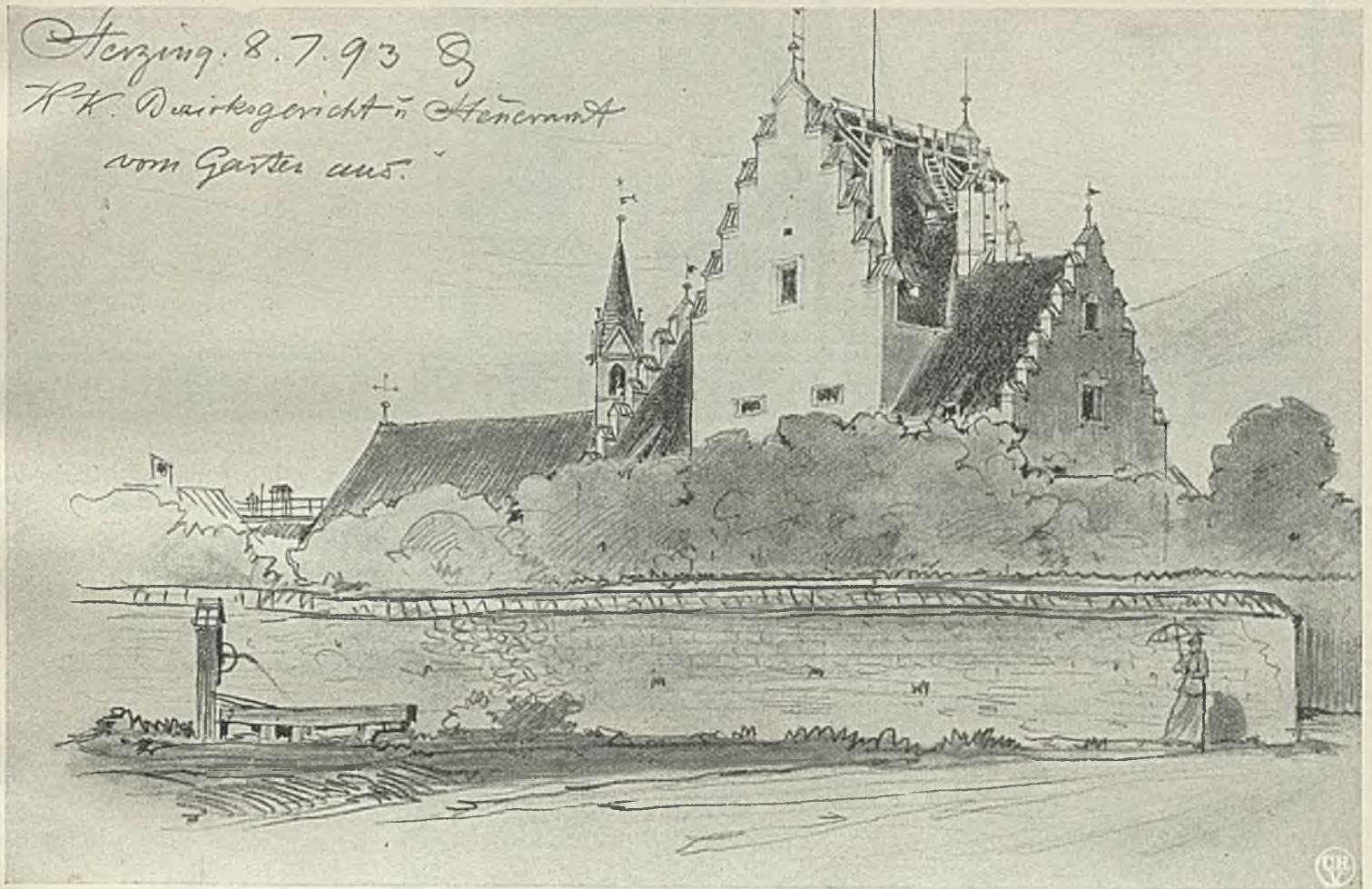
**v. Arnim, Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten:** Meine Herren, zu dem Antrag v. Bülow habe ich zu erklären, daß wir nach den Wünschen, die er hier zum Ausdruck gebracht hat, schon im weitesten Maße verfahren. Die ganzen Wälder in der Umgegend von Berlin stehen ja eigentlich schon der Schuljugend zur Verfügung, und wir haben außerdem erst vor kurzem wieder im Grunewald einem Turnverein gegen eine ganz geringe Rekognitionsgebühr ein ganzes Jagen zur Verfügung gestellt. Ich glaube also, der Antrag ist überflüssig. Wo ein Bedürfnis vorliegt, werden wir diesem stets wohlwollend entgegenkommen.

(Fortsetzung folgt)



Reiseskizzen von Otto Schmalz





Reiseskizzen von Otto Schmalz

